

Gedenken an die Pogromnacht in Bremen

"Fünf Rosen für fünf Leben"

Gedenken an die Opfer der Pogromnacht von 1938



Der Opfer der Pogromnacht gedachten auch die Vorsitzenden aller Bürgerschaftsfraktionen: Heiko Strohmann (CDU), Sofia Leonidakis (Linke), Björn Fecker (Grüne), Mustafa Güngör (SPD) und Lencke Wischhusen (FDP, vorne).

JOERG HELGE WAGNER

Bremen. Der Stein ist tiefschwarz, die Blumen darauf sind blütenweiß – Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff (CDU) hat sie abgelegt, um an fünf Bremerinnen und Bremer zu erinnern, die in der Pogromnacht 1938 ermordet worden sind: der Monteur Leopold Sinasohn, der Sanitätsrat Adolph Goldberg und seine Frau Martha, der Händler Heinrich Rosenblum und Selma Zwienicki, die Frau eines Fahrradhändlers. "Sie dürfen nicht untergehen in einer Statistik anonymer Opfer", betont Imhoff. "Sie haben eine Geschichte, waren Nachbarn, Bekannte, Freunde."

Imhoff zitiert aus dem Tagesbefehl des NS-Regimes, der forderte, sämtliche jüdische Geschäfte zu zerstören, alle Synagogen in Brand zu stecken, Juden zu entwandern und "bei Widerstand sofort über den Haufen zu schießen". Schon der Versuch sei kaum auszuhalten, wenn man nachempfinden wollte, was die Juden damals gespürt haben. Aber wie viele Menschen erreicht man überhaupt noch mit Gedenkveranstaltungen? Imhoff plädiert dafür, dass "Formate des Erinnerns immer wieder angepasst und erweitert werden", zumal sie bald ganz ohne Zeitzeugen stattfinden müssen.

Auch die Lage der Juden heute bereitet dem Bürgerschaftspräsidenten Sorge: "In Bremen sind 2020 deutlich mehr antisemitische Straftaten verzeichnet worden als in den Jahren davor." Deshalb müsse nicht nur die Sicherheit Israels "Teil der deutschen Staatsräson" sein, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, sondern auch "die Sicherheit der Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land". Imhoff fordert, "offenen und eindeutigen Antisemitismus nicht zu relativieren", wenn er etwa bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen geäußert werde. Nur so lasse sich das Versprechen "Nie wieder!" halten.

Gedenkredner Ronen Steinke, Publizist und Jurist, spricht die "Schuld des Wegsehens" an, die 1938 Millionen auf sich geladen hätten und die angesichts der Angriffe auf Juden heute auch wieder drohe. Er spricht von "Religionsausübung im Belagerungszustand", wenn es nötig sei, in jüdischen Schulen den Kindern regelmäßig Probealarme zuzumuten. "Dieser Zustand ist eine Schande."

Steinke plädiert dafür, bei der Bildung und den Sicherheitsbehörden anzusetzen, um ihn zu beenden. Juden dürften nicht automatisch nur als Opfer von 1933 bis 1945 wahrgenommen werden, man müsse vielmehr ihre Rolle in der deutschen Geschichte über die Jahrhunderte vermitteln. Und Polizisten, die in Chatgruppen Witze über den Holocaust rissen, müssten sofort aus dem Dienst entfernt werden. Das sei man schon der überwältigenden Mehrheit von deren Kollegen schuldig, die dafür sorgten, dass Juden in Deutschland geschützt würden.
